

will aus irgendwelchen Gründen dieses Bild nicht malen, dieses Buch nicht schreiben, dann kann der Besteller auf Erfüllung klagen; und wenn der Maler trotzdem das Bild nicht malt, der Autor das Buch nicht schreibt, wird dem Besteller nicht viel anderes übrig bleiben, als Ersatz seines Schadens zu fordern. Der Maler darf aber besserungsgerecht weiter Bilder malen, anderen Leuten Bilder verkaufen, der Schriftsteller Bücher schreiben u. s. w. — und wenn der Mann ein künstlerisches Motiv für seine Meinungsänderung anzuführen vermag, wird man gegen ihn nicht einmal einen moralischen Vorwurf erheben. Aus dem Contractbruch des Schauspielers aber hat man ein Delict gemacht, der contractbrüchige Schauspieler wird boycottiert. Wer seinen Vertrag an einer der Bühnen des Deutschen Bühnenvereins gebrochen hat, darf an keiner dieser Bühnen mehr engagiert werden, er darf keine dieser Bühnen auch nur als Gast betreten: er wird nicht nur zum Schadenersatz verhalten, er wird mit der Vernichtung seiner ganzen wirtschaftlichen und künstlerischen Existenz bestraft. Man glaube nicht, daß der Director übertreibt. Es kommen noch viel ärgere Dinge vor. Es soll geschehen, daß ein Director für jedes Fach zwei, drei Leute mit der Clausel engagiert: sie hätten am ersten September zum Beginne der Saison zu kommen, während sie ihre Gage erst vom Tage des ersten Auftretens an beziehen sollten. Nun beginnt die Saison, die drei Leute sind da, der erste tritt auf und gefällt, der Director braucht also die zwei anderen gar nicht, läßt sie nicht spielen, um ihre Gage zu ersparen, die ja erst vom ersten Auftreten an läuft, läßt sie aber auch nicht weg, weil sie ihn ja nichts kosten und es immer gut ist, Rivalen in der Reserve zu haben, damit die Lieblinge des Publicums nicht zu übermüthig werden. So unglaubliche Dinge geschehen beim Theater täglich und man muß unserem Director zustimmen, daß „der Schauspielerproletarier schlechter daran ist als der Arbeiterproletarier: denn wir haben Gewerbeordnungen, Fabrikordnungen, Arbeiterschutzgesetze, aber wir haben keine staatliche Theatergesetzgebung, und was sich etwa gelegentlich so nennt, ist vorne Feuer- und Sicherheitspolizei und hinten Censur“.

Eine Zeit hat es nun so ausgesehen, als ob die Schauspieler endlich ungeduldig würden. Vereine sind gegründet, Versammlungen gehalten, Resolutionsen beschlossen worden, man hat geläutert, aber jetzt ist es wieder still. Das kann man nur damit erklären, daß die Schauspieler eine Art von Arbeitern sind, auf die die anderen nicht gerade stolz zu sein brauchen. Sie fühlen sich noch gar nicht als Classe, sie sind schlechte Genossen; der eine tritt für den anderen nicht ein. Nur die Schauspieler, die selber in Noth sind, denken ans Allgemeine. Wie es einem ein bißchen besser geht, vergißt er die anderen gleich, schämt sich und hat nur den Wunsch, nun selber geschwind ein Unternehmer zu werden. Die Kleinen, die tapfer schreiben, hört man nicht an, weil sie keine Macht, keine Gefahr sind, und die Großen, die man erhören müßte, trauen sich nicht und drücken sich weg. Die großen Schauspieler sind schuld, daß die gerechte Sache ihres Standes ohne Hoffnung leiden muß. Sie kommen höchstens einmal in eine Versammlung und lassen sich da acclamieren. Aber damit ist nichts gethan: aufstehen und drohen sollten sie, bis die Unternehmer erschrecken würden.

Hermann Vahr.

## Die Woche.

### Politische Notizen.

Als ich im vorigen Sommer auf eine weite Reise gieng, faßte ich die Absicht, die Leser der „Zeit“, um ihnen zu zeigen, daß ich auch anders schreiben kann, bei meiner Heimkehr mit einer Serie von regierungsfreundlichen Notizen über das neue Ministerium zu überraschen. Alles, was in meinen Kräften stand, habe ich dazu gethan. Sieben Monate hindurch, solange ich auf der Reise war, enthielt ich mich strengstens der Lectüre österreichischer Zeitungen. Wenn du gar nichts über das neue Ministerium weißt — dachte ich, — wirst du am leichtesten regierungsfreundlich schreiben können. Als ich am letzten Sonntag nach Wien zurückkam, hörte ich von allen Leuten, daß alle Leute mit dem Ministerium Baden hochzufrieden seien. Ich war entzückt. Gleich am ersten Sitzungstage, am Dienstag, gieng ich ins Abgeordnetenhause, um mir Material für meine geplante politische Idylle zu sammeln. Aber, wie hochhaft nun einmal schon Minister gegen einen Zeitungsschreiber sind! Das Ministerium hat meinen regierungsfreundlichen Journalisten-Chrgeiz vereitelt. Lust an diesem Dienstag — es handelte sich um den Nordwestbahnschacher — errang das Ministerium, indem es mit überlegener Taktik alle seine Schwäche auf den einen Punkt concentrirte, trotz aller günstigen Vorbedingungen, eine großartige Niederlage, und ich stülte mich auf der Galerie als der blamierte Europäer. Aber ich gab die Hoffnung noch nicht auf. Ich gieng absichtlich einige Tage nicht ins Parlament. Erst am Freitag, knapp vor Schluß der Redaction dieses Blattes, besuchte ich es wieder, und wer beschreibet mein Entsetzen! Das Ministerium erfocht sich abermals — es handelte sich um die Beamtenpensionen — eine glänzende Niederlage. Nur der bewunderungswürdigen Kunst eines so alten Parlamentariers, wie des Herrn v. Chlumecly, konnte es gelingen, diese beiden Mißerfolge der Regierung in den Schatten zu stellen. Ehe sich noch die paar oppositionellen Abgeordneten dessen versehen konnten, verwickelte sie Herr v. Chlumecly in eine Geschäftsordnungsdebatte, bei der er sie, durch eine geniale Combination sprachlicher und logischer Schnitzer, so rasch in die günstigen Positionen zu drängen wußte, ihnen mit solcher Sicherheit seine eigene Partei als Verstärkung zuzutreiben verstand, daß er alsbald seine Niederlage erzwang, die er — zu seinem Ruhme sei es gesagt — diesmal ganz auf eigene Faust, ohne die Unterstützung seiner numerisch

so starken Partei erzielte, ein Mann gegen dreihundertdreißig. So sind meine schönen regierungsfreundlichen Pläne vernichtet worden, und mir bleibt nichts anderes übrig, als wieder mit der oppositionellen Notizen-schreiberei von vorne anzufangen. Es kann der Beste nicht regierungsfreundlich bleiben, wenn es dem bösen Ministerium nicht gefällt.

Ich habe schon sechsfüßige Kälber, zweifüßige Schafe, vierhändige Menschen gesehen. Aber ein so sonderbares Wesen, wie das neugeschaffene Eisenbahnministerium, ist mir noch nicht vorgekommen. Bei diesem ist das Gehirn zum Gefäß und das Gefäß zum Kopf gemacht worden. Herr v. Guttenberg, der geborene Subalternbeamte, ist der Chef dieses Ministeriums, und der „geborene Eisenbahnminister“, Herr v. Wittek, ist ihm als Sectionschef untergeordnet. Das ergibt, ganz wie bei den sechsfüßigen Kälbern, ein zwar nicht langlebiges, aber für die kurze Zeit seiner Existenz ergößliches Naturspiel. So konnte man's in der Nordwestbahndebatte genießen. Als die Angriffe gegen die Vorlage immer ungemüthlicher wurden, zog sich Herr v. Wittek auf die ihm angewiesene Gefäßfunction zurück und blieb geziemlich still. Herr v. Guttenberg aber sprach, so weit und so gut ihm dies innerhalb der von der Biologie gesteckten Grenzen möglich war.

Auf die schlagenden Argumente, welche in der ersten Lesung gegen die Nordwestbahnvorlage vorgebracht worden sind, verspricht Herr von Guttenberg im Ausschuss zu antworten. Wenn das die Logik ist, die in diesem Kopf wohnt, dann braucht Herr von Guttenberg überhaupt nie auf die Argumente zu erwidern. Denn, wenn sie ihm, wie voraussichtlich, im Ausschuss wiederholt werden, kann er mit gleicher Logik die Antwort auf die zweite Lesung, und wenn auch diese Nothfrist abgelaufen, auf die dritte Lesung verschieben. In diesem Falle wäre die ganze vierfache parlamentarische Berathung wertlos, sicherlich so weit, als die Mitwirkung des Herrn von Guttenberg in Betracht kommt.

... Es sei denn, Herr von Guttenberg weiß bereits, daß diese Vorlage nie im Ausschuss berathen werden wird; dann mag er allerdings versprechen, was er nie zu halten in die Lage kommen wird.

Herr v. Guttenberg sagt: „Ich bitte diese Vorlage dem Eisenbahnausschuss zu übergeben, damit in demselben die Gelegenheit gegeben werde, alle jene Verhältnisse klarzulegen, welche die Regierung bestimmt haben, diese Vorlage einzubringen.“ Diesen Rede-Schimmel scheint Herr v. Guttenberg dem Kriegsminister entlehnt zu haben, der allerdings manchmal, z. B. bei Neubewaffungsvorlagen, sachliche Gründe hat, seine Ideen nicht der Öffentlichkeit des Plenums, sondern nur einem discreten Ausschuss anzuvertrauen. Aber Herr v. Guttenberg als Eisenbahnminister? Seine Vorliebe für den Ausschuss kann bloß persönliche Gründe haben. Seinem guten Ruf mag es freilich nützen, wenn seine Argumente bloß einigen Ausschussmitgliedern bekannt werden, der Vorlage nicht.

Uebrigens hat die Regierung in der Nordwestbahndebatte nicht nur Argumente, sondern auch einige unzuweidungsfähige Insulten von ihren eigenen Anhängern anhören müssen, und diese sogar definitiv auf sich sitzen lassen. So z. B. sprach Herr Dr. Steinwender von einer „starken Zumuthung“, von „schwachen und salopp vorgebrachten Gründen“, von einer „Schande für unser Vaterland“, von „sich so dupieren lassen“; Herr Dr. Groß von der „leichtfertigen Preisgebung des Staatsinteresses“, „Ausbeutung des Staates“, „einem der traurigsten Capitel unserer Eisenbahngeschichte“, und selbst Herr Dr. Menger wies, mit der ganzen Begeisterung eines Menschen, der doch nur selten einer Regierung opponieren darf, „derartige Zumuthungen“ zurück, welche „der Arbeit des Hauses hinderlich sind und vielleicht der Würde, die das Haus wahren soll, und der Achtung, die es . . . zu verlangen berechtigt ist, nicht entsprechen“. Eine geringere Meinung von der Würdigkeit und Achtbarkeit der Regierung, als Dr. Menger damit offenbart, läßt sich wohl in parlamentarischen Formen nicht mehr ausdrücken. Wenn aber ihre eigenen Anhänger schon so gering von den moralischen Qualitäten der Regierung denken, was sollen erst die Anderen davon halten?

Herr Dr. Steinwender nennt übrigens das Nordwestbahnübereinkommen ein „trauriges Ueberbleibsel aus der traurigen Zeit der Coalitionserregung“. Das ist es nun gerade nicht. Denn es ist erst am 10. Februar 1896, acht Monate nach dem Sturze der Coalitionsregierung und vier Monate nach dem Beginn des Millenniums Baden, abgeschlossen worden. „Ein trauriges Ueberbleibsel aus der traurigen Zeit der Coalitionsregierung“ ist weit eher Herr Dr. Steinwender selbst, dieser wunderliche Heilige, der jede Regierung unterstützt, so lange sie in der Macht ist, und jede angreift, so bald sie gefallen ist, dieser verkehrte Cato, dem immer nur die jeweils siegreiche Sache gefällt.

Der alte Herr v. Chlumecly lebt noch. Am Freitag hat er ein Zeichen davon gegeben. Es handelte sich um die Abstimmung über die Pensionen der Beamten der obersten drei Rangclassen. Die Regierung und der Ausschuss hatten die höchsten Beträge vorgeschlagen. Verschiedene Abgeordnete hatten niedrigere Ziffern beantragt. In welcher Reihenfolge sollte man über alle diese Anträge abstimmen? Damit „die wahre Meinung der Majorität des Hauses zum Ausdruck gelangt“, verordnet die Geschäftsordnung: „Es werden . . . in der Regel die abändernden Anträge vor dem Hauptantrage, und zwar die weitergehenden vor den übrigen zur Abstimmung gebracht“, das heißt in diesem Falle zuerst der die niedrigsten Pensionen bestimmende Abänderungsantrag des Dr. v. Fuchs und zuletzt der die Grundlage der Debatte bildende höchste Vorschlag der Regierung und des Ausschusses. In dieser Art mußte es zutage kommen, daß die Majorität des Hauses gegen die hohen Anträge der Regierung war. Aber was scheert Herrn von Chlumecly die Ansicht der Regierung? Sein Bestreben ist, jeweils nur die Meinung der Regierung dem Hause zu erpressen. Wie macht man das? Herr v. Chlumecly weiß es. Man dreht die geschäftsordnungsmäßige Reihenfolge der Abstimmungen um, und es kommt, wie natürlich, das umgekehrte Resultat heraus.